

Die „Saibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Carmond-Spaltenspalte oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. In diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jede malige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Saibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 16. November d. J. die erledigte Stelle eines Direktors bei den Wohlthätigkeitsanstalten in Laibach, dem Dr. Emil Ritter von Stöckl, Stadiphyiscus in Laibach, allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 15. November d. J. den provisorischen Oberbergkommissär bei der lombardisch-venetianischen Berghauptmannschaft in Belluno, Joseph Trinker, zum wirklichen Oberbergkommissär, und den provisorischen Bergkommissär bei der dalmatinischen Berghauptmannschaft in Zara, Joseph Ivanics, zum wirklichen Bergkommissär extra statum allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 13. November d. J. die Wahl des evangelischen Pfarrers zu Kloster, Johann Wefely, zum Superintendenten der evangelischen Kirchengemeinden belarischen Bekenntnisses in Böhmen allergnädigst zu bestätigen geruht.

Das Finanzministerium hat den Einnehmer des Hauptzollamtes zugleich Finanzbezirkskasse in Czernowiz, Alexander Kobakowski, zum Zahlmeister, und den Kassier der dortigen Landeshauptkasse, Jakob Lederer, zum Kontrolleur bei dieser Landeshauptkasse ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Deutsch-dänischen Angelegenheit.

In Folge der Ereignisse der letztabgelassenen Tage hat die dänisch-deutsche Streitfrage eine eben so ernste als verwickelte Gestaltung angenommen; schlummernde Ansprüche sind geweckt, weittragende Wünsche und Hoffnungen angeregt worden, und in dem durch die Situation herbeigeführten Wirbel der verschiedenartigsten Anschauungen und Bestrebungen handelt es sich deshalb vor Allem darum, einen festen Standpunkt zu gewinnen, um nicht fortgerissen zu werden von den Wogen einer Bewegung, die bis jetzt sowohl für die Ideen, welche sie leiten sollen, als das Ziel, welches sie erreichen will, nicht genügende Klarheit erlangt zu haben scheint.

Wir glauben, es gibt nur eine verlässliche Methode bei der Behandlung der Frage — sagt die „W. A.“ in einem darauf bezüglichen Artikel, der die Stellung andeutet, welche Oesterreich einnehmen wird — nämlich Dasjenige, was in den jetzt geltend gemachten Ansprüchen auf einem unanfechtbaren Rechtstitel beruht, streng von Dem zu sondern, was nicht einleuchtend genug als rechtsverbindlich sich darstellt. So wie wir nun das Verfassungsrecht der Herzogthümer hochhalten, so wie wir von der Ueberzeugung der Ungültigkeit der von dem Könige Christian IX. sanctionirten Verfassungsbestimmung, Kraft welcher Schleswig dem Königreiche Dänemark einfach einverleibt wird, tief durchdrungen sind, so scheint uns andererseits die Erbvererbungsfrage bei Weitem nicht geklärt und durchsichtig genug und wir verhehlen nicht, daß wir irgend eine vorschnelle Entscheidung, die daraufhin getroffen werden möchte, lebhaft beklagen würden.

Für heute genügt es übrigens, auf die Stellung zu verweisen, welche Oesterreich und Preußen zu der

Frage einnehmen. Beide Großstaaten haben die Condoner Akte unterzeichnet und zu halten sich feierlich verpflichtet. Sie können sich, ohne vertragsbrüchig zu werden, nicht darüber hinwegsetzen; sie können es, wie wir glauben, um so weniger, als der Vertrag ein mehrseitig abgeschlossener ist und die Kündigung desselben nicht an Dänemark allein, sondern an alle Kontrahenten erfolgen müßte. Wir erlauben uns dieses gewichtige Argument den Auslassungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ entgegenzuhalten, welche aus der Nichterfüllung der Bundeschuldigkeit Seitens Dänemarks die gänzliche Invalidation des Vertrages herleiten wollte.

Angenommen, wiewohl nicht zugegeben, es handle sich in der vorliegenden Frage um einen Kollisionsfall, so müßte ja wohl die höhere Pflicht entscheiden und in dieser Beziehung wären nach unserem Dafürhalten die Folgen eines möglichen Konfliktes mit dem größten Theile Europa's nicht etwa bloß darum ernstlich in das Auge zu fassen, weil sie gefährlicher ausfallen könnten, als die nach gemüthlicher Prognose der Berliner „Nationalzeitung“ laute, sondern weil — und dieß erscheint uns als Hauptsache — die nichtdeutschen Kontrahenten das Argument des Vertragsbruchs für sich geltend machen und einem Angriffe die Form der bloßen Wahrung und Vertheidigung ihres Rechtes verleihen könnten.

Allein wir besorgen, daß die entfesselte Bewegung hiebei nicht einmal stehen bleibe. Die Gesamtheit der europäischen Verträge bildet ein Gefüge, auf dem, möge ihr Werth auch da und dort verkannt und bezweifelt werden, die Rechtsordnung des Welttheils immerhin beruht. Ein Stein aus diesem Gefüge herausgerissen, kann den ganzen Bau zum Wanken bringen, und mit welchem Anscheine von Berechtigung könnten wir im Falle der Gefährdung unserer in dem europäischen Vertragsrechte wurzelnden Rechte Widerspruch und Widerstand bieten, wenn wir selbst einen Präcedenzfall schaffen, der gegen die Rechtsbeständigkeit der Verträge gefehrt werden könnte?

Die Rechte der Herzogthümer sind in der Condoner Uebereinkunft nicht in Frage gestellt; die Anerkennung derselben ist von allen europäischen Mächten damals gemeinsam erneuert worden, und es liegt daher, wie wir glauben, auch in ihrem gemeinsamen Interesse, darauf zu bestehen, daß die Verfassungsfrage in einer Deutschlands Ehre, Würde und unlängbaren Berechtigung zureichenden Weise erledigt werde. Andererseits sind dieselben durch den Geist und Buchstaben der betreffenden Stipulation gebunden und wird Deutschland endlich genöthigt sein, gutes Recht zu erzwingen, so bietet sich ihnen durchaus kein Rechtswort vor, das zu hindern, ja eine Einmischung wäre nur bei der Hintansetzung und Verlegung des eben durch den Vertrag gewährleisteten Rechtes denkbar.

Die Conclusion des Gesagten leitet zu dem Grundsatz zurück, von dem wir ausgingen, zur Feststellung der Nothwendigkeit die Verfassungsfrage von der Successionsfrage getrennt zu halten. Das unzweifelhafte Recht fordert gebieterisch seine Erfüllung; das zweifelhafte mag eine gründliche Untersuchung erheischen. Aber so viel scheint uns ausgemacht, daß Aktion und Untersuchung zwar parallel laufen mögen, aber nicht vermengt werden dürfen, und daß am allerwenigsten eine folgenwichtige Aktion auf das anticipirte Resultat einer schwierigen und langwierigen Recherche, das obendrein nicht in höchster Instanz maßgebend erscheint, gebaut werden kann.

Wir haben Herz und Sinn für Deutschlands Ehre und Größe; wir sind überzeugt, Oesterreich werde ungeachtet mancher ihm durch seine innere und äußere Lage auferlegten Rücksichten keine Gefahr, kein Opfer scheuen, wenn es gilt, das Recht Deutschlands auf die Herzogthümer mit Nachdruck zu schützen. Aber es wünscht selbstverständlich, daß die natürlichen

Schwierigkeiten der Frage nicht durch neue und größere ohne drängende Noth potenzirt werden, und daß jeder entscheidende Schritt, der da geschieht, die Interessen des vollen Rechtes für sich habe.

Oesterreich.

Triest, 23. November. Herr Michel hat bereits, wie wir hören, seine Stelle als Generaldirektor der Südbahn niedergelegt. Sein Nachfolger wird, wie es heißt, Herr Loffaint, bisher Beamter im französischen Handelsministerium, sein. Die Südbahn hat, wie man mit großem Interesse erfahren wird, den Kohlentarif für Sendungen südwärts auf 0.7 kr. und für Steine nordwärts auf denselben Satz herabgemindert. Die Veröffentlichung des Tarifs kann nicht mehr lange auf sich warten lassen. So wäre denn wenigstens der Anfang zu einer Herabsetzung des Tarifs für Rohprodukte gemacht.

Der Direktor der Allmannfabrik des Hrn. Heinrich Escher in S. Pietro (in der Nähe von S. Stefano) zwischen Montona und Pinguente in Istrien, Herr Anton Deperis, ist am 19. Abends nach 8 Uhr in seiner Wohnung von fünf Strolchen überfallen und ermordet worden. Die im Hause befindliche Baarschaft wurde geraubt. (Tr. Ztg.)

Wien, 23. November. Großfürst Konstantin wohnte gestern Abends einer Vorstellung im deutschen Theater bei, und reist heute gegen 10 Uhr mit Separatzug nach Wien ab.

Ausland.

Frankfurt, 20. November. „L'Europe“ bringt in der gestrigen Nummer einen schamlos und abgeschmackt geschriebenen Artikel über den Herzog von Augustenburg und seine Familie, in welchem ihm Undankbarkeit gegen die dänische Großmuth, Gastfreundschaft und Noblesse vorgeworfen, und die deutsche Manneswürde und Nationallehre in einem Ton geschmäht und herabgesetzt wird, der mit der französischen Politesse nichts gemein hat. Aber diese Feindseligkeit hat ihren guten Grund. Bekanntlich war „L'Europe“ seit ihrem Bestehen sehr oft in der Lage, viele Nachrichten von Wichtigkeit immer zuerst bringen zu können. Und das Blatt machte damit für sich eine marktschreierische Reklame dadurch, daß es (manchen Zeitungen auf eigene Kosten) viele Nachrichten mit Angabe der Quelle zutelegraphiren ließ. Woher diese Nachrichten zum Theil gekommen, liegt nunmehr offenkundig am Tag, denn der oben erwähnte Artikel gegen die Augustenburger ist weiter nichts, als der Anfang der Dankbarkeit, welche das Blatt seiner dänischen Quelle in der kritischen Zeit abzutragen gezwungen ist. (A. A. Z.)

Frankfurt, 22. November. Eine Volksversammlung von 6000 Personen beschloß soeben Folgendes: Nach dem Tode Friedrich VII. hat die Vereinigung Schleswig-Holsteins mit der Krone von Dänemark aufgehört. Die Herzogthümer Schleswig-Holstein haben ihre Unabhängigkeit wieder erlangt. Friedrich von Augustenburg ist der berechtigte Herzog von Schleswig-Holstein. Die fernere Ausübung irgend einer Regierungshandlung in den Herzogthümern von Seite der dänischen Regierung ist Gewalt gegen den deutschen Volkstamm. Es ist daher die unabwiesliche Pflicht des Bundes, der deutschen Regierungen und des deutschen Volkes, solche Gewalt ohne Weiteres mit Gewalt abzuwehren. Jeder Versuch einer Einmischung des Auslandes in diese Angelegenheit ist als ein Angriff auf deutsche Ehre und deutsches Recht entschieden, und wenn es sein muß, mit der Macht der Waffen zurückzuweisen. Was im Jahre 1852 von einer Anzahl europäischer Fürsten über das Recht

eines deutschen Stammes ohne dessen Zustimmung und jener des deutschen Bundes beschloffen worden, ist ohne Wirkung gegen dieses Recht. Die Wahrung deutschen Rechtes und deutscher Ehre in Schleswig-Holstein ist eine heilige und gemeinsame Pflicht des gesamten deutschen Volkes und aller seiner Regierungen; jede Sonderung der Parteien, jeder Zwiespalt im Innern muß schweigen, wo es gilt, dieses Recht der deutschen Sache mit vereinten Kräften vor ganz Europa zu vertreten. Die heutige Versammlung beauftragt das Einladungscomité einen Auschuß zu erwählen mit der Aufgabe, dahin zu wirken, daß dieses deutsche Recht durch das Volk und die Regierungen thatkräftigst und ernst gewahrt werde.

Berlin, 21. November. Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht eine königliche Verordnung vom heutigen Tage, welche auf Antrag des Staatsministeriums in Gemäßheit des Artikels 63 der Verfassung die Verordnung bezüglich des Verbots von Zeitungen und Zeitschriften (vom 1. Juni) aufhebt. Die „Kreuzzeitung“ berichtet: Der Chef des Generalstabes, Generalleutnant v. Moltke, ist in Begleitung des Majors v. Wartensleben in dienstlichen Angelegenheiten nach Frankfurt gereist. Im Tuilerien-Kabinete herrsche der Gedanke, behufs des Kongresses eine Vorkonferenz in Brüssel vorzuschlagen. England und Oesterreich haben sich bezüglich des Kongresses geeinigt, kein gemeinschaftliches Programm aufzustellen, aber nur mit einander auf dem Kongresse zu erscheinen.

Aus **Rom**, 14. November, schreibt man der „Sch. P.“: Der heilige Vater hat am 12. Nov. das Einladungsschreiben des Kaisers der Franzosen, welches dem Kardinal Antonelli durch den französischen Geschäftsträger, Herrn Baude, übergeben wurde, erhalten. Die Antwort des heil. Vaters auf diese Einladung ist zwar noch nicht abgegangen; doch will man bereits wissen, daß der Papst, ohne gerade das Kongressprinzip zu refusiren, seine Annahme gleichwohl von zwei Bedingungen abhängig machen, und von diesen auf keinen Fall abgehen wird. Die erste dieser Bedingungen ist: daß die Annexion der römischen Provinzen an das Reich Viktor Emanuels nicht als Thatsache zu den Grundlagen der Kongressverhandlung gehören darf, und ebenso wenig zweitens die Aufrechterhaltung der russischen Herrschaft in allen jenen polnischen Landestheilen, welche dieser Macht seit dem Jahre 1772 zugefallen sind.

Turin. Am 17. November wurde der Erzbischof von Urbino, Monsignore Angeloni hier in seinem Palaste verhaftet, und von den Carabinieri vor den Civilrichter geführt, dessen Citation er unbeachtet gelassen hatte.

Paris. Während die Worte des Kaisers ganz Europa in Aufregung versetzen und erhalten, tanzt der Kaiser in Compiègne Quadrille. Das Leben daselbst ist sehr animirt. Man hat übrigens bezüglich der Einladungen einen Gebrauch acceptirt, der sich jetzt in Paris stark verbreitet. Man theilt nämlich mit der Einladung die Namen der Eingeladenen mit, damit Jeder weiß, mit wem er zusammentreffen wird. Die Ursache dieser Neuerungen schreibt sich von einem Diner her, welches im verfloffenen Jahre der Dupin gab, zu welchem er bekannte Imperialisten und parlamentarische Größen des früheren Regime's einlud. Die Herren waren nicht sehr erfreut, sich hier zusammenzufinden, und das Diner litt unter den politischen Antipathien. Um nun die gastfreundlichen Wirthschaften solcher Verlegenheiten aus Veranlassung der politischen Gegensätze zu entheben, greift man zu dem erwähnten Auskunftsmittel.

Die Kaiserin hat die Veranlassung getroffen, daß die Theatergesellschaft der Prinzessin von Beauvau bei Hofe einige reizende Proverbes aufführte. Wenn Sie von dieser Theatertruppe etwa noch nicht gehört haben, so notificire ich Ihnen, daß dieselbe aus den vornehmsten Damen besteht, welche sich für ein Liebhaber-Theater zusammengefunden. Die Damen haben ein sehr geistreiches Proverbe von dem „Duc de Massa“ und eines von dem „Duc de Beluno“ aufgeführt, und obwohl diese Spiele eine prononcirt oppositionelle Farbe trugen, haben sie doch sehr gefallen, und die Gesellschaft erhält munifizente Souvenirs. Aber das Vergnügen währte nicht lange.

Diese Damen haben Gatten, Brüder, Väter, welche größtentheils sich zu legitimistischen Grundsätzen bekennen, und die die kaiserliche Einladung keineswegs aus dem harmlosen Gesichtspunkte eines Liebhaber-Theaters betrachten. Die Vorstellungen gingen daher rasch zu Ende.

— In den „Times“ begegnen wir einem Artikel über die wahrhaft furchtbaren russischen Rüdungen, dessen bemerkenswerthe Daten wir zusammenstellen. Die Verteidigungswerke Kronstadt werden unter Leitung der Generale Totleben und Zareva verstärkt und große Erdverschanzungen aufgeworfen, welche von der See her kaum sichtbar sind und nicht nur den Kanal beherrschen, sondern verbunden durch Parallelen, im Stande sind, Geschütze aufzunehmen, um Schiffe vom Rücken zu fassen. An einigen Stellen

werden diese Erdwerke mit 7½ zölligen Eisenplatten bekleidet. Um ferner der Möglichkeit vorzubeugen, daß eine Flotte durch den Südkanal der Feste in den Rücken komme, sind dort ungefähr 300 Lichterschiffe mit Steinen beladen versenkt worden, so daß an keiner Stelle die Wassertiefe mehr als vier Fuß beträgt. Die Möglichkeit annehmend, daß eine feindliche Flotte die äußeren Forts und die Erdwerke passire, läßt man in den Kanal 300 Höllenmaschinen niederlegen, deren jede 70 Pfund Pulver enthält und bei der leisesten Verührung eines über sie hinfahrenden Schiffes explodirt. Für den Fall, der Feind habe Kronstadt passirt und suche, zehn Meilen weiter, in die Nawa einzudringen, starrten an der Mündung andere Erdwerke mit etwa 90 Kanonen von größtem Kaliber ihm entgegen, welche den Fluß an einer Stelle bestreichen, wo er ungefähr 3000 Fuß breit ist, und Höllenmaschinen sind in Bereitschaft.

Ein fernerer Verteidigungsmittel, über welches man ein tiefes Geheimniß zu bewahren gesucht hat, ist ein unterseeisches Boot von ungeheuren Ausdehnungen, auf dessen Bau gegen 200 Tonnen Eisen und Stahl verwendet wurden. Comprimirte Luft wird die treibende Kraft der Maschinen sein; der Schnabel von äußerster Stärke wird eine Vorrichtung haben, mittelst derer große mit Pulver gefüllte Cylindern, welche durch Elektricität explodiren, in den Bauch feindlicher Schiffe eingestakt werden können. Den Fenstern des Bootes gewähren kleine Fenster die Möglichkeit der Aussicht, und es steht in ihrem Verlieben, die Tiefe, in welcher sich das Boot bewegen soll, zu reguliren. Der Kaiser hat zum Baue des Ungethümes 175.000 Silberrubel angewiesen. Am 1. Juni 1864 erwartet man in Kronstadt sechszehn Panzerschiffe. Die alten im Krimkriege gebauten Kanonenboote sind einer gründlichen Revision unterzogen worden und alle müssen am 1. Juni — bei schwerer Buße — fit und fertig dastehen. Ungeheure Anstrengungen gehen vor sich, um die nöthige Anzahl von Geschützen nebst entsprechender Munition für alle Forts, Erdwerke und Schiffe herbeizuschaffen, und vielleicht dürften die Russen in Kanonen und Geschossen den Engländern den Vorrang abgewonnen haben. In etwa 12 Werkstätten ist man Tag und Nacht mit deren Herstellung beschäftigt. Alle Oebereien haben Aufträge zur Piefierung der Geschosse. In Gelpino bei Petersburg wird ein Etablissement zur Fabrikation von Panzerplatten errichtet, und ein zweites steht in Aussicht, so daß man dort auf 10 bis 12.000 Tonnen Platten jährlich rechnen kann, ohne auf ausländische Hilfe Rücksicht zu nehmen. Die während des letzten halben Jahres votirten außerordentlichen Summen für Kriegszwecke betragen 55 Millionen Rubel; eine fernere Summe von 40 Mill. wird sofort verlangt werden.

Kopenhagen, 18. November. Ueber die Vorgänge auf dem Glücksburger Schlosse kurz vor und nach dem Tode des Königs Friedrich theilt die „B. T.“ Folgendes mit: Im Augenblicke seines Todes war der König von seiner Gemalin, deren Damen, dem Hofmarschall, General-Adjutant Fensmark, Rittmeister Barbenfleth, zwei Leibärzten und dem Justizrath, Medizinal-Inspetktor Schleisner umgeben. Seinem Leibarzte Lund hatte der König vor seinem Tode mündlich den Befehl erteilt, im Falle er in Folge der Krankheit sterben sollte, mit seinem Leichnam nichts vorzunehmen. Auch hatte der König bereits früher den Wunsch geäußert, man möge ihm bei seinem Ableben keine Leichenkleider anlegen, sondern ihn in dem Anzuge, in dem er gestorben, belassen. Demgemäß wurde verfahren. Bereits am ersten Abend nach dem Tode war der Leichnam in einem derartigen Uebergangszustand begriffen, daß die Aerzte erklärten, der Leichnam müsse, wenn man die Absicht habe, ihn einbalsamiren zu wollen, so rasch wie möglich in einen Sarg von Metall gelegt werden, welcher alsdann zugeschraubt und zugelöthet werden müsse. Der Hofmarschall gab daher die Ordre, einen Sarg, welcher inwendig mit Blei und auswendig mit Holz bekleidet sei, herzustellen. Bevor der Sarg mit der königlichen Leiche zugelöthet wurde, schnitten der Hofmarschall und Etatsrath Boß noch einige Locken vom Haare des Königs, um diese der königlichen Familie zu überbringen. Alsdann wurde der Sarg zugelöthet, und die dabei Anwesenden gaben zu Protokoll, daß sie diesem Akte assistirt.

Mit der Durchsicht der vom verstorbenen König hinterlassenen Papiere sind General B. Orholm, Konferenzrath, Geheim-Archivar Wegener und geheimer Staatsrath, Kabinet-Sekretär Trap, beauftragt worden.

Tagesbericht.

Laibach, 25. November.

Ein bei der hiesigen Sparkasse angestellter Beamter hat sich vorgestern früh in Nabresina erschossen. Er erbat sich einen dreitägigen Urlaub, fuhr in Gesellschaft mehrerer Bekannten gegen Triest, stieg in Na-

bresina aus und vollbrachte dort den Selbstmord. Er befand sich in geordneten Verhältnissen, war aber schon längere Zeit tiefsinnig.

— Vorigen Sonntag in der Nacht wurde der Grundbesitzer Josef Maidizh aus Stroscha (Bezirk Laibach) in der Nähe des Bahnhofes von zwei Burschen überfallen und seiner Baarschaft von 8 fl. beraubt. Als dieses Verbrechen dringend verdächtig wurden zwei Burschen, bekannte Taugenichtse, erforscht und der Behörde übergeben.

— Im Bezirke Radmannsdorf wurde ein Individuum aus Boreana, im Bezirke Tolmein, wegen Verfälschung öffentlicher Kreditpapiere angehalten und wurden bei ihm zwei Bleiplatten zur Verfertigung von Banknoten zu 5 und 1 fl. gefunden.

— In Feibitz wurde der Redakteur der „Grazzer Zeitung“ Wilhelm Ritter v. Martini als Abgeordneter in den steirischen Landtag gewählt.

Wien, 24. November.

— Eine autographirte Korrespondenz will von wohlbewährter Seite wissen, daß Se. Majestät der Kaiser in etwa acht Tagen eine Reise in diejenigen Gegenden Ungarns unternehmen wird, welche am meisten durch die vorjährige Dürre gelitten haben. Der Monarch wird auf der Hinreise sich in Pest gar nicht aufhalten; auf der Rückreise jedoch in der Hauptstadt des Landes einige Tage verweilen. Die Aristokratie gedenkt in dieser Zeit in Pest eine freiwillige Notabelnversammlung zu veranstalten.

— Großfürst Konstantin ist sammt Familie und zahlreichem Gefolge gestern um halb 5 Uhr hier eingetroffen. Die hohen Gäste wurden vom FML. Grafen Paar im Bahnhofe empfangen, fuhren von dort in Hofwagen in das russische Gesandtschaftshotel, wurden dort nach ihrer Ankunft von Sr. Majestät dem Kaiser begrüßt und empfingen noch mehrere Besuche.

— Wie „Sürgöny“ berichtet, bat Staatsminister v. Schmerling den Grafen Jorgach von der Errichtung einer Lehrkanzel für ungarisches öffentliches Recht in Kenntniß gesetzt. Hofrath Birozil hat den Vortrag übernommen und wird seine Vorlesungen noch im Laufe des Winters beginnen.

— Rechbauer's Interpellation wegen Holstein soll in der Freitagssitzung des Abgeordnetenhauses vom Grafen Rechberg beantwortet werden, heißt es in parlamentarischen Kreisen; wahrscheinlich wird die offizielle Vorlage der betreffenden Urtenstücke stattfinden.

— Joseph Wertheimer's „Jahrbuch für Israeliten“ ist gestern, nachdem bereits vier Monate seit dessen Erscheinen verfloßen sind, in den hiesigen Buchhandlungen konfirmirt worden.

— Für das Industrie-Ausstellungsgebäude wurde der Plan des Ingenieurs Salzmann genehmigt. Daselbe soll einen Raum von 16.000 Quadratklastern und die Zubauten 4000 Quadratklastern einnehmen. Für Bau und Administration bedarf es einer Summe von 2.650.000 Gulden. Als Deckung glaubt man 1.055.000 fl. annehmen zu dürfen, wonach noch ein Abgang von 1.595.000 fl. bleibt.

Auszug

aus dem Sitzungs-Protokolle des krainischen Landes-Ausschusses vom 17. November 1863.

Da der erste Berathungsgegenstand die Ausmittlung der geeigneten Lokalitäten für die neu freite vollständige Realschule betraf, so wurden zu dieser Berathung die Mitglieder des vom Laibacher Gemeinderathe hiefür gewählten Comité's: Dr. Mittelst, Dr. Schöppl und Stedry, so wie die Experten: Realschuldirektor Schrey und Landesbau-Inspizient Ulrich beigezogen.

Landesausschußrath und Bürgermeister Ambros hält die Unterbringung der Realschule in einem hiesigen Landschaftsgebäude nicht für rathlich. Auch die Erweiterung des jetzigen Schulhauses sei nicht empfehlenswerth, weil die Vereinigung aller Lehranstalten unter Einem Dache mannigfache Unzulänglichkeiten, und namentlich die übermäßige Anhäufung der studirenden Jugend in dem quartierarmen Domus viertel verursacht. Dieser Uebelstand könnte durch die Verlegung der Realschule in das Wirant'sche oder Kallischer'sche Haus, welche sich beide ohne bedeutende Kosten zweckentsprechend umstalten ließen, am besten behoben werden. Bis zur Realisirung des vorgeschlagenen Planes könnte man die Realschule interimistisch gegen einen billigen Zins im Bürgerhospital placiren.

Die Mehrzahl der Volanten neigte sich hingegen der von Dr. Schöppl und Dr. Mittelst verfochtenen Ansicht zu, daß der Ausbau eines ganz neuen Realschulgebäudes, welches den Anforderungen der Wissenschaft und den Zeitverhältnissen entspräche und einen freien Spielraum zur weiteren Entwicklung bieten

würde, prinzipiell das wünschenswertheste Projekt wäre, nur der Kostenpunkt erregte Bedenken. Hr. Dr. Schöppel hofft indes die Befriedigung dieser Schwierigkeit durch die Eröffnung einer Anleihe bei der Sparkasse zu erzielen, die mittels Annuitäten in einer Reihe von etwa 25 Jahren zurückzahlbar wäre. Diese Annuitäten würden nicht viel mehr betragen, als im anderen Falle, wo man ein Privathaus für die vollständige Realschule adaptiren wollte, die Miethzinse und Herstellungskosten. Als geeignete Bauplätze bezeichnet Herr Dr. Schöppel beispielsweise den städtischen Terrain im Zois'schen Graben nebst den angrenzenden Feldstücken, und den Wirant'schen Garten.

Hr. Stedry weist auf das Ballhaus hin. Dessen Hauptmauern könnten benützt werden und im anzu-tausenden Zentner'schen Nachbargarten ließe sich ein hübscher Zubau aufzuführen. Auch die dormalige Gensdarmarie-Kaserne in der Grabischa-Vorstadt wäre für den fraglichen Zweck leicht zu adaptiren, und sollte, weil vom Landesfonde bereits gemietet, für die Realschule wenigstens provisorisch in Anspruch genommen werden.

Die Landesausschubräthe Dr. Bleiweiß und Dr. Suppan finden es nicht gerechtfertigt, dem Lande durch die Aufnahme eines fremden Hauses für die Realschule Auslagen zu bereiten, wo das dem Lande eigenthümliche Schulgebäude zur Verfügung stehe. Die Stände Krains haben dieses ehemalige Franziskanerkloster im Jahre 1798 gekauft und dem Lyzeum die Benützung der erforderlichen Lokalitäten als Schulzimmer unter der Bedingung eingeräumt, daß die jeweiligen Reparaturen auf Kosten des Studienfondes bewirkt werden. Durch diese Widmung sei eine Servitut erworben worden. Eine Servitut habe aber nach den allgemeinen Rechtsregeln stets einschränkend und nicht ausdehnend ausgelegt zu werden. Es sei also dieselbe selbst rücksichtlich des Gymnasiums auf das ursprüngliche Maß zu reduzieren. Die Normalschule hätte hingegen gar keinen Rechtstitel zur unentgeltlichen Benützung ihrer dormaligen Schullokalitäten, und müßte sich eine Aufkündigung gefallen lassen. Auf solche Weise wären die nöthigen Lokalitäten für die vollständige Realschule vermuthlich zu gewinnen. Es würde höchstens noch ein verhältnißmäßig unbedeutender Zubau über der jetzigen Hauptwache nöthig werden.

Herr v. Strahl ist der Meinung, daß bei Auf-führung des zuletzt gedachten Erweiterungsbaues alle Lehranstalten im jetzigen Schulgebäude unterbracht werden könnten. So weit dieselben kein Recht zur unentgeltlichen Benützung haben, mögen sie an den Eigenthümer einen billigen Zins entrichten. Die Vereinigung biete verschiedene Vortheile, während die etwaigen Uebelstände derselben wohl durch andere Mittel zu beseitigen wären. Auch die Realschule sei keine Landesanstalt, um sie vor den übrigen Lehranstalten begünstigen zu sollen. Dieser Plan empfehle sich besonders, falls man sich nicht für einen Neubau entschließen wollte.

Nach längerer Debatte einigt man sich zu folgenden Beschlüssen:

- Der Landesausschub hätte zur Erwirkung der ihm wünschenswerth erscheinenden Dislokation der Normalschule das Geeignete vorzuschlagen.
- Wäre für das Projekt der Unterbringung der vollständigen Realschule in den verfügbar werdenden Normalschullokationen, und im allfälligen Zubau eine Planfisse nebst Kostenüberschlag ehestens anfertigen zu lassen.
- Eine solche Skizze und ein beiläufiger Vorschlag wären auch für den Plan des Neubaus eines Realschulgebäudes zu verfassen.
- In gleicher Weise sind die Erhebungen wegen zweckmäßiger und thunlichst billiger interimistischer Unterbringung der Realschule zu pflegen.

Auf Grundlage der gesammelten Daten werden seinerzeit die weiteren Beschlüsse gefaßt werden.

Nach beendigter Comitésitzung setzte der Landesausschub seine Beratungen fort, und es wurde 1. einem Irrenhauswärter für seine mehr als 40jährige lobenswerthe Dienstleistung eine Gnadengabe von 100 fl. für ein Jahr bewilligt und zugleich beschlossen, beim hohen Landtage auf die Gewährung einer pro 1864 gleichen jährlichen Gnadengabe den Antrag zu stellen. 2. Einem Thierarzneischüler wurde ein stiftungsmäßig festgesetzter Reisebeitrag pr. 60 fl. flüssig gemacht.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Telegramm der „Laibacher Zeitung.“

Wien, 25. Nov. Minister Rechberg äußerte privatim, er werde die Interpellation in der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit nach Eintreffen der Berliner Depeschen beantworten. Gisela und Genossen bereiten eine Manifestation im Abgeordnetenhaus vor.

England lehnt die Beschickung des Kongresses ab; Rußland verlangt Mittheilung des Programms.

Frankfurt, 22. November. (Nachts.) Gegen die Zulassung eines Gesandten des Königs Christian stimmten auch die Vertreter der Fürstenthümer Schwarzburg, Reuß jüngere Linie und Waldeck.

Frankfurt, 23. November. Die „Europe“ fährt heute mit der Veröffentlichung der in der letzten Bundestagsitzung vorgelegten Aktenstücke fort:

Der Protest der dänischen Regierung sagt: Der Gesandte müsse Namens seiner allerhöchsten Regierung gegen jeden Anspruch von Mitgliedern der herzoglich-augustenburg'schen Linie auf eine Erbfolge in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg als vollkommen unbegründet in entschiedenster Weise Protest einlegen und unterlasse nicht, dabei noch hinzuzufügen wie — um allen etwaigen zukünftigen dießfälligen Prätexten ein für alle Mal vorzubeugen — Herzog Christian August v. Augustenburg durch die Akte vom 30. Dezember 1852 der k. Regierung eine Versicherung gegeben hat, welche in den Artikeln 2 und 3 folgendermaßen lautet: „2. Ueberdies verpflichten wir uns hiedurch nicht allein dazu, für unsere Person und unsere Familie ins künftige unseren Aufenthalt außerhalb Ihres königlichen Majestät Reichs und Landes, worin wir oder unsere Nachkommen selbstverständlich kein Grundeigenthum erwerben dürfen und wollen, zu nehmen, sondern 3. geloben und versprechen außerdem für uns und unsere Familie bei fürstlichen Worten und Ehre, nichts, wodurch die Ruhe in Ihres königl. Majestät Reichs und Lande gefährdet oder gefährdet werden könnte, vornehmen, ingleichen den von Ihres königl. Majestät in Bezug auf die Ordnung der Erbfolge für alle unter allerhöchster Scepter gegenwärtig vereinigten Lande oder die eventuelle Organisation allerhöchster Monarchie gefaßten oder künftig zu fassenden Beschlüssen in keiner Weise entgegenzutreten zu wollen.“

Es folgt nun eine Berufung auf den Londoner Traktat vom 8. Mai 1852, an dessen Abschlusse die beiden deutschen Großmächte Theil genommen und dem mehrere deutsche Regierungen beigetreten sind.

Auf diese Berufung erklärt Baiern, ohne jetzt in die Hauptfrage einzugehen, daß dieser Vertrag bis jetzt der h. Bundesversammlung nicht offiziell zur Kenntniß gebracht und noch weniger von derselben anerkannt ist. Dieser Vertrag existire daher zur Zeit für die h. Bundesversammlung rechtlich nicht, dieselbe habe vielmehr demselben gegenüber vollkommen freie Hand.

Bezüglich seiner beantragten Nichtzulassung protestirte der dänische Gesandte, indem er zugleich darauf aufmerksam machte: „zu welchen bedenklichen Konsequenzen die Nichtzulassung des Vertreters Sr. Majestät des Königs von Dänemark als Mitglied des deutschen Bundes in die Bundesversammlung, nachdem allerhöchsterseits die Regierung in seinen zum deutschen Bunde gehörigen Landen angetreten hat, Veranlassung geben könnte.“

Frankfurt, 23. November. Die Instruktionen Oesterreichs und Preußens in der holsteinischen Angelegenheit sind gleichförmig; der Succession der Augustenburger stehe ein die Legitimität beeinträchtigendes Eheverhältniß des Vaters des Prinzen Friedrich entgegen. (West. Ztg.)

Frankfurt, 23. November. Die Mitglieder des Reformvereins und mehrerer großdeutscher Vereine haben folgende Beschlüsse gefaßt und veröffentlicht:

In den Herzogthümern ist nur der Mannstamm erbfolgeberechtigt. Schleswig-Holstein gehört zum Bunde. Der Londoner Vertrag ist nicht rechtsverbindlich, weil von Dänemark gebrochen und vom Bunde nicht sanctionirt. Das deutsche Volk erwartet, daß der deutsche Bund den Herzog Friedrich von Augustenburg als legitimen Souverän der Herzogthümer anerkennt, ihm als Glied des Bundes Schutz gewährt und Maßregeln ergreift, um die Rechte Holsteins und Lauenburgs zu wahren.

Bei dem nationalen Charakter der holsteinischen Frage steht das deutsche Volk einmüthig zusammen, und erwartet ein Gleiches von den Regierungen. (Pr.)

Dresden, 23. November. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer brachte Freiherr v. Welsch folgenden Antrag ein: Die sächsische Regierung wolle beim Bundestage die Rechte Deutschlands und des Erbprinzen Friedrich hinsichtlich Schleswig-Holsteins kräftig unterstützen. Deutschlands gutes Recht gegen über fremden Eingriffen und Anmaßungen wahren und verteidigen. Die Kammer beschloß die Ueberweisung des Antrages an einen besonderen Ausschub.

Berlin, 23. November. Sitzung des Abgeordnetenhauses. Präsident Grabow wahrte in seiner Rede die Rechte Schleswig-Holsteins und gibt bekannt, Herr Samver habe im Auftrage des Prinzen von Augu-

stenburg an das Bureau des Hauses eine Proclamation in Betreff des Regierungsantrittes des Prinzen gesendet.

Hierauf wurde der Antrag Stavenhagen-Birchow eingebracht: Pflicht und Interesse gebieten, daß Deutschland die Herzogthümer schütze, und den Prinzen von Augustenburg als Herzog anerkenne und in seine Staaten einsehe.

Grabow wünscht die sofortige Wahl einer Commission, damit Freitag Plenarsitzung stattfinden könne. Schwerin spricht sich gegen die sofortige Wahl einer Commission aus und kündigt ein Amendement an: das Haus biete dem Könige für Schleswig-Holstein alle Mittel zu dessen Unterstützung; derselbe sagt, das Haus müsse auch eingehende Mittheilungen des Ministeriums über dessen Position entgegennehmen. Die Abgeordneten Birchow, Seydel sind für die sofortige Vornahme der Commissionswahl, Waldeck dagegen. Dieselbe wird abgelehnt.

Die Commissionswahl findet morgen 9 Uhr Statt.

Berlin, 23. November. Bezüglich des von Schütz und von Carlowitz eingebrachten Antrages wegen Ernennung einer Wahlcommission (behufs Information des Hauses wegen der bei den letzten Wahlen vorgekommenen gesetzwidrigen Beeinflussung der Wähler etc.) wurde die Schlussberatung beschlossen. Abmann und Forkenbeck sind Referenten.

Kriegsminister v. Roon brachte das Militärgesetz ein, bemerkend, die Frage habe politische Bedeutung erhalten, sei aber thatsächlich nur technisch. Concessionen seien schon früher gemacht, der ursprüngliche Plan modificirt worden. Die Präsenzzeit wurde factisch vielfach verkürzt; der Zuschlag aufgegeben. Daß die zweijährige Dienstzeit populär ist, sei natürlich, vorläufig sei dieselbe aber noch unzulässig; ob sie in der Folge zulässig sein werde, sei eine Frage der Zukunft. Er stellt es dem Hause anheim, die Vorlage einer besonderen Commission zu überweisen.

Forkenbeck bemerkte: Die Vorlage sei bekannt, die früheren Einwendungen seien unberücksichtigt geblieben. Wenn die Gesetzentwurf gedruckt sein werde, werde vielleicht Schlussberatung möglich sein.

Hamburg, 22. November. (Nachts.) Das Obergericht für ganz Holstein in Glückstadt hat einstimmig beschlossen, dem dänischen Könige den Huldigungseid zu verweigern.

Hamburg, 23. November. Man versichert, die Administration der Grafschaft Ranzau, das Altonaer Magistrats- und Justizcollegium, die Gymnasial-Professoren, die Advokaten und das Personale der holsteinischen Regierung zu Altona verweigern ebenfalls den Huldigungseid.

Paris, 23. November. Der Kaiser beauftragte Mr. Drouin de Lhuys, genau zwischen der beschlossenen Exekution des Bundestages in Holstein gegen dänische Maßregeln und dem entstehenden Streit wegen der Erbfolge in Schleswig-Holstein zu unterscheiden. Gegen die erstere wird Frankreich keinen Protest erheben, bei der Successionsfrage sei das Arrangement des Londoner Protokolls zum Fortbestande der Gesamtmonarchie Dänemark aufrecht zu halten. (West. Ztg.)

Brüssel, 23. November. Die belgische Antwort auf die Kongreßeinladung ist abgegangen.

Stockholm, 23. November. Die Regierung verlangt vom Reichstag einen neuen Extracredit von drei Millionen zu Kriegsausgaben. Es herrscht Mißtrauen gegen den König Christian und Erbitterung gegen den Herzog von Augustenburg.

New-York, 10. November. Lee hat sich über den Rapid-Ann zurückgezogen. Meade rückt vor; seine Armee ist vor Coolpepper-Courthouse angelangt. Der Zweck des Generals Meade ist, die Konföderirten zu hindern, gegen Burnside zu operiren. Die Bewegung Meade's am Rappahannock hat die Konföderirten überrascht; beinahe alle ihre Streitkräfte am nördlichen Ufer wurden gefangen genommen.

Markt- und Geschäftsbericht.

Krainburg, 23. November. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 30 Wagen mit Getreide und 200 bis 300 Stück Schweine, welche zu 12 bis 16 Gulden der Zentner verkauft wurden.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Megen fl. 5.20; Korn fl. 3.—; Gerste fl. —.—; Hafer fl. 2.30; Halbfrucht fl. —.—; Heiden fl. 2.70; Hirse fl. 2.70; Ruckruf fl. 3.40; Erdäpfel fl. 1.—; Linsen fl. —.—; Erbsen fl. —.—; Fischen fl. 4.20; Rindschmalz pr. Pfund fl. 46.—; Schweineschmalz fl. 44.—; Speck, frisch fr. 28, detto geräuchert fr. 43; Butter fr. 38; Eier pr. Stück fr. 2½; Milch pr. Maß fr. 10; Rindfleisch pr. Pfund fr. 17, Kalbfleisch fr. 22, Schweinefleisch fr. 20, Schöpfenfleisch fr. 15; Hähnchen pr. Stück fr. 30, Tauben fr. 15; Hen pr. Ztr. fl. 1.60, Stroh fr. 80; Holz hartes, pr. Klafter fl. 5.—, detto weiches, fl. 3.50; Wein, weißer, pr. Eimer fl. 7.

Effekten und Wechsel-Kurse
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.
Den 24. November 1863.

Den 23. November 1863.

3. 2348. (3) Nr. 3800.

3. 2341. (3)

K. k. Bezirksamt Laß, als Gericht,
am 6. November 1863.

Nacht = Liebhaber wollen sich wegen des Näheren bei dem gefertigten Eigenthümer, Tirnan = Vorstadt Nr. 18, anfragen. **Georg Pajk.**

Es wird mich freuen, wenn vorzüglich denen dadurch geholfen wird, welche bei dem raslosen Sterben nach dem Lichte der Wahrheit oft das eigene Licht ihrer Augen gefährden und einbüßen müssen. Vielleicht kann auch durch den Gebrauch dieses Mittels das Leiden in der jungen Welt so sehr zu Wobbe gekommene entstehende Brillenträger vermindert werden, da dieses in den meisten Fällen die Augen mehr verdirbt als verbessert. Brillen können nur einer fehlerhaften Organisation des Auges zu Hilfe kommen, aber nie gesunde oder geschwächte Augen stärken und verbessern.

Aken. a. d. Elbe. **Dr. Homershausen.**

Aken, a. d. Elbe.

Dr. Komershausen.

3. 2380.

ist eine Herrschaft an der Südbahn mit 1049 Joch. Sauerbrunnen, Mühle, Steinkohlen um nur 100000 fl. zwei Landgüter über 100 Joch und Mühle um 18000 fl.; eine Landrealität mit zwei ziegelgedeckten, stockhohen Hänsern, Handlungsgewölb, Oefenhaus und 31 Joch Grundstücken um 6000 fl.; ein Schloß mit 252 Joch um 50000 fl.; ein zweites mit 244 Joch um 37000 fl.; eine Landrealität bei Laibach mit 4 Joch um 12000 fl.; ein Haus in Laibach mit Stallung, Brunnen, Garten um 6000 fl.; ein Haus, stockhoch mit Garten um 4700 fl.; ein Circus, großes eisernes Ringelspiel mit 16 Stück türkische Muffel und Telegraph um 800 fl.; eine Privatbrückenmauth im Ertrage von 700 fl. um 5000 fl. (auch um 400 fl. zu verpachten); ein Steinkohlen-Vergewerk mit 3 Rst. Mächtigkeit um 600 fl. und andere Objekte jeder Größe und Gattung durch **J. A. Schuller's Bureau** zu verkaufen.

3. 2353. (2)

Gefertigter empfiehlt sein Lager von Glas, Luster, Spiegel, Porzellan, Thonwaare, Steingut, Blechtägen und Goldleisten, besonders aber der Damenvwelt alle Sorten Glas- und Stuckperlen, sowie auch Photographierahmen zu den billigsten Preisen.

Franz Wildner.

3. 276. (22)

Chinesisches Haarfärbemittel à Fl. fl. 2.10.

Mit diesem kann man Augenbrauen, Kopf- und Barthaare für die Dauer echt färben, vom blähesten Blond und dunklen Blond bis Braun und Schwarz, man hat die Farbennuancen ganz in seiner Gewalt. Diese Komposition ist frei von nachtheiligen Stoffen, so erhält z. B. das Auge mehr Charakter und Ausdruck, wenn die Augenbrauen etwas dunkler gefärbt werden. Die vorzüglich schönen Farben, die durch dieses Mittel hervorgebracht werden, übertreffen alles bis jetzt Existirende.

Erfinder: Rothe & Comp. in Berlin, Kommandantenstr. 31. — Die Niederlage befindet sich in Laibach bei Herrn **Albert Trinker**, Hauptplatz Nr. 239.

3. 2088. (12)

Wichtig für Schweissfuß-Leidende!

Meine so rühmlichst bekannten

in den Strümpfen zu tragen, die den Fuß beständig trocken und warm erhalten, daher besonders den an Schweißfüßen, Gicht und Rheumatismus Leidenden zu empfehlen sind, hat für Leibach u. sämtliche Umgegend nur allein auf Lager, und verkauft selbe zu Fabrikspreisen das Paar à 45 kr. — 3 Paar fl. 1 25 kr. und gibt Wiederverkäufern angemessenen Rabatt.

A. J. Fischer,

Kundschafteplatz Nr. 223, vis-à-vis der Schusterbrunn.
Frankfurt a. M. im Oktober 1863.
Robert v. Stephani.